

SPERRFRIST:

1. Mai 2022, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Elke Hannack

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

1. Mai 2022 - Frankfurt am Main



[Anrede],
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gemeinsam stehen wir heute, am Tag der Arbeit, zusammen und demonstrieren auf den Straßen für eine gerechte, solidarische und vor allem friedvolle Zukunft! Entsetzlicherweise erleben wir im Moment eine der dunkelsten Stunden seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine ist der Krieg wieder zurück in Europa. Wir erleben eine humanitäre Katastrophe und die russische Führung setzt weiter die barbarischen Kriegsverbrechen an den Menschen in der Ukraine fort. Unsere Solidarität gehört den Menschen in der Ukraine und denen, die auf der Flucht sind! Sie gehört aber auch all den Menschen in Russland und Belarus, die trotz Verhaftungen und Repressalien mutig ihre Stimme gegen den Krieg erheben. Über [5,5] Millionen Menschen sind bereits aus der Ukraine geflohen. Von den ersten Stunden an zeigten sich unsere osteuropäischen Nachbarn solidarisch und es ist auch ermutigend, dass sich die Europäische Union – anders als 2015 – geschlossen dafür einsetzt, die Grenzen für Geflüchtete offenzuhalten. Denn unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen Europas.

Als Gewerkschaften verurteilen wir die kriegerische Aggression auf das Schärfste! Wir fordern die russische Regierung auf, die Kämpfe sofort zu beenden! Lassen Sie endlich die Waffen ruhen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

als Gewerkschaften haben wir eine friedenspolitische Überzeugung aus historischer Verantwortung! Solche Kriege kennen wir in Europa nur aus vergangenen Jahrhunderten. Damit so etwas nie wieder geschieht, müssen wir jetzt über eine neue europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nachdenken. Deswegen sagen wir Ja zu einer besseren Ausrüstung der Bundeswehr, um eine bessere Verteidigung unseres Landes zu ermöglichen. Aber es bleibt bei unserem Nein zur Aufrüstung! Wir treten für eine weltweite kontrollierte Abrüstung ein! Tod, Zerstörung und Flucht – das ist die Bilanz des Krieges.

Nicht nur in der Ukraine, sondern überall auf der Welt. Auch im Jemen, in Syrien und anderswo müssen die Waffen endlich schweigen. Wir verurteilen all jene, die Unterdrückung, Krieg und militärische Gewalt als Mittel der Politik einsetzen. Ein neuer weltweiter Rüstungswettlauf und mehr Massenvernichtungswaffen können und dürfen nicht die Antwort sein!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Ukraine-Krieg und leider auch immer noch die Corona-Krise, stellen unsere Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Die aktuell steigenden Preise belasten insbesondere die Gering- und Normalverdienenden. Wir Gewerkschaften konnten bislang aufgrund unserer gewerkschaftlichen Krisenpolitik hohe Verluste an Arbeitsplätzen verhindern. Die Pandemie und ihre Folgen in allen gesellschaftlichen Bereichen, hat in den letzten beiden Jahren zudem die besondere Belastung von Frauen sichtbar gemacht. Es zeigt sich deutlich, dass unsere bisherigen gleichstellungspolitischen Erfolge nicht krisenfest sind! Es sind vor allem Frauen, die in Phasen der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit benachteiligt sind.

Sie arbeiten zumeist in Teilzeit, wodurch Kurzarbeits- und Arbeitslosengeld besonders gering ausfallen. Grund dafür sind auch die massiven Fehlanreize im Steuersystem.

Und dann sind da noch all diejenigen, die ausschließlich im Minijob beschäftigt sind und daher nicht einmal einen Anspruch auf diese Leistungen haben. Die Regierungsparteien haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, ihre Vorhaben einem Gleichstellungs-Check zu unterziehen und ein Jahrzehnt der Gleichstellung ausgerufen. Aber schon jetzt ist festzustellen: So ganz ernst scheint die Regierung ihr Vorhaben nicht zu nehmen. Wie sonst hätte es passieren können, dass eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und gleichzeitig die Ausweitung der Minijobs beschlossen wird?

Gut: Vom Mindestlohn profitieren vor allem Frauen. Er wird dazu beitragen, die Entgeltlücke zu verringern.

Aber im Gegensatz dazu ist die Anhebung der Verdienstgrenze für Minijobs völlig daneben, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem unsinnigen Quatsch werden Frauen nach wie vor ohne soziale Sicherung dastehen – von einer eigenständigen Existenzsicherung oder einer guten Rente ganz zu schweigen. Die Minijobs müssen endlich verschwinden. Und: Alle Jobs müssten sozial abgesichert sein – und zwar von der ersten Arbeitsstunde an! Es sind vor allem die Frauen, die ihre Familie durch die Pandemie steuern – mit unbezahlter Familienarbeit und auf Kosten ihres Einkommens. Schon vor Corona haben Frauen jeden Tag anderthalb Stunden mehr unbezahlte Sorgearbeit in Haushalt und Familie geleistet als Männer. Die Pandemie hat Familien mit Lichtgeschwindigkeit zurück in alte Rollenbilder geschleudert. Der Mangel in der Krise hat gezeigt:

Wohnortnahe, bedarfsgerechte, hochwertige Betreuungsangebote sind Gold wert, dafür braucht es Geld!

Zudem hat die Pandemie die sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen und ihre Bedeutung für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft sichtbar gemacht. Sie hat gezeigt: die professionelle Sorgearbeit ist für uns alle unverzichtbar.

Unser Dank gilt daher heute am 1. Mai insbesondere den Beschäftigten der systemrelevanten Berufe! Dass diese Berufe aufgewertet werden müssen, ist doch klar und notwendiger denn je! Aber wenn ich allein schon daran denke, wie mühevoll die bundesweite Tarifrunde im letzten Jahr im Einzel- und Versandhandel abgelaufen ist. Und das, obwohl in den letzten Jahren der Gesamtumsatz im Einzel- und Versandhandel massiv angestiegen ist! Dank des unermüdlichen Einsatzes der Kolleginnen und Kollegen konnte diese Tarifrunde erfolgreich abgeschlossen werden. Allein in Hessen konnte im letzten September, nach fast sechsmonatigen Tarifverhandlungen, der erste Tarifabschluss überhaupt in der Handelstarifrunde abgeschlossen werden. Dies ist ein voller Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Tarifverträge waren und sind das wichtigste Instrument, um Löhne, Arbeits- und damit auch Lebensbedingungen zu verbessern. Tarifverträge tragen zu mehr Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern bei. Wo Tarifverträge gelten, schrumpft die Entgeltlücke.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

aktuell kämpfen die Kolleginnen und Kollegen bundesweit für die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe! Auch schon vor der Corona-Pandemie war klar, dass die Belastungen im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste riesig sind! Die Arbeitsbedingungen müssen endlich besser werden, die Löhne müssen rauf!



Ich finde es skandalös, dass die kommunalen Arbeitgeberverbände auch nach der zweiten Verhandlungsrunde Vorschläge ablehnen und selbst keine einzige Idee haben, die bis an die Erschöpfung arbeitenden Kolleginnen und Kollegen zu entlasten oder ihre Arbeit finanziell anzuerkennen! Und dass, obwohl der Fachkräftemangel weiter um sich greift, die Krankenstände aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen hoch sind und viele einfach nicht mehr können. Da wurde doch allen Ernstes von den Arbeitgebern als mögliche Maßnahme zur Entlastung eingebracht, den Kolleginnen eine Massage in der Mittagspause zu ermöglichen!

Da frage ich mich, wo leben die? Wie stellen die sich denn den Alltag einer Kita-Erzieherin vor? So traurig es ist, aber eine Mittagspause ist ja oft nicht einmal möglich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Daher finde ich es richtig und gut, dass wir heute an diesem Tag – und es werden bundesweit weitere Aktionen und Streiks vor der nächsten Verhandlungsrunde folgen – hier gemeinsam stehen! Ich fordere die Arbeitgeber auf: Zollt den Kolleginnen endlich den nötigen Respekt für Ihre Arbeit! Legt endlich ein ordentliches Angebot vor!

Gerade mit Blick auf die geflüchteten Familien und Kinder aus der Ukraine, die in Schulen und Kindergärten betreut und gefördert werden müssen, brauchen wir gesunde und motivierte Fachkräfte! Hier bedarf es dringender Investitionen, sowohl in die Infrastruktur, in das Personal als auch in die Aus- und Weiterbildung. Nur mit qualifizierten Fachkräften und guten Arbeitsbedingungen und anständigen Löhnen gestalten wir gemeinsam die Zukunft!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch an anderer Stelle hat die Pandemie eine Zäsur gesetzt. Unser Bildungssystem ist nicht vorbereitet auf die Veränderungen der sozial-ökologischen Transformation und ihren Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss. Zu viele junge Menschen bleiben ohne Ausbildungsplatz. Zu viele Menschen bleiben ohne Berufsabschluss. Das ist sozial ungerecht, weil nicht alle die gleichen Chancen haben.

Und was für das Bildungssystem gilt, gilt erst recht für die Weiterbildung. Nichts ist in Deutschland so unübersichtlich und kompliziert wie die Wege, um an gute Weiterbildung zu kommen. Wir erwarten, dass die Bundesregierung jetzt handelt und einlöst, was im Koalitionsvertrag verabredet wurde.

Dazu gehört der Ausbau der frühkindlichen Bildung, eine Offensive für mehr Fachkräfte, ein modernisiertes BAföG, eine bessere Förderung der Weiterbildung sowie endlich eine Ausbildungsgarantie. Durch die Corona-Pandemie ist die Zahl der Ausbildungsplätze auf ein historisches Tief gesunken. Wir haben bereits jetzt 2,2 Millionen junge Menschen unter 35 Jahren in Deutschland, die keine Ausbildung haben. Die DGB-Jugend bringt es mit der Forderung auf den Punkt:

Fachkräfte ausbilden oder Profite abdrücken!

Es muss Schluss damit sein, dass nur rund 20 Prozent der Betriebe ausbilden und die anderen 80 Prozent der Betriebe sich darauf ausruhen und keinen einzigen jungen Menschen ausbilden. Daher ist klar, wir brauchen eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie, und zwar jetzt!



Es geht darum, eine echte Garantie für junge Menschen zu schaffen! Es geht darum, eine echte Zukunftsperspektive zu schaffen, die eine Beschäftigung mit einem Einkommen sichert, von dem auch eine armutsfeste Rente möglich ist. Die Ampelkoalition hat keinen Plan für die Rente. Hubertus Heil will aber den sogenannten Nachholfaktor wieder einführen. Das führt dazu, dass die Renten langsamer steigen als eigentlich vorgesehen. Das bedeutet, dass das Rentenniveau sinkt. Diese Maßnahme kommt zur völlig falschen Zeit, angesichts der steigenden Energie- und Lebensmittelkosten. Und es kann auch nicht sein, dass bei der geplanten Energiepauschale in Höhe von 300 Euro die Rentner zunächst außen vor bleiben sollen!

Die Regierung muss das Rentenniveau dauerhaft bei mindestens 48 Prozent stabilisieren und dann auch wieder anheben, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wir müssen die Grundrente verbessern und die Renten von erwerbsgeminderten Kolleginnen und Kollegen deutlich erhöhen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in einer Woche beginnt der 22. DGB-Kongress an einem denkwürdigen Tag: Es ist der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus. Mit ihm endete vor 77 Jahren der schlimmste Krieg der Menschheitsgeschichte in Europa. Das ist für uns eine Lehre. Dieser Tag ist für uns Gewerkschaften eine Verpflichtung, dass so eine Katastrophe nie wieder passieren darf. Deshalb werden wir weiter jede Minute dafür eintreten, dass diese sinnlose Gewalt endet.

Und wir werden weiter allen Opfern helfen, denn wir Gewerkschaften wissen: Solidarität ist stärker als Hass!

Was Hass und Hetze anrichten, haben wir in den letzten beiden Jahren deutlich gesehen. So haben wir erlebt, dass bei den Demonstrationen der Corona-Leugner*innen eine fortschreitende Radikalisierung stattgefunden hat. Berechtigte Sorgen, Ängste und Zweifel spielen auf diesen sogenannten Spaziergängen keine Rolle mehr, sondern dienen nur noch als Vorwand, um gegen Demokratie, gegen Solidarität, gegen die Rücksichtnahme auf die Schwächsten zu hetzen. Viele der Proteste sind eindeutig von Rechtsradikalen instrumentalisiert und unterwandert worden.

Übergriffe auf Journalist*innen am Rande der Demonstrationen gehören beinahe zur Tagesordnung. Immer wieder kommt es zu Anschlägen auf Impf- und Testzentren; Politiker*innen, Ärzt*innen. Pflegekräfte werden beschimpft und bedroht.

Wir müssen dem Hass entgegentreten. Wir müssen Worte wie Solidarität und Respekt im Alltag der Menschen mit Leben füllen. Wir alle müssen uns dafür einsetzen, die Demokratie zu verteidigen. Wir Gewerkschaften nehmen diese Verantwortung ernst und darum stehen wir nicht nur am 1. Mai auf der Straße, um uns für Gerechtigkeit, Solidarität und Vielfalt einzusetzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ohne euer Engagement und ohne eure tolle Arbeit vor Ort geht es nicht! Unser Dank gilt heute auch unseren Kolleginnen und Kollegen, die sich als Betriebs- und Personalräte engagieren. Wir sind mitten in den Betriebsratswahlen. Wenn in euren Betrieben schon gewählt wurde und ihr neu gewählt oder im Amt bestätigt seid: Herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

Ihr setzt euch für die Interessen eurer Kolleginnen und Kollegen ein. Ihr stärkt nicht nur die Demokratie in den Betrieben. Ihr stärkt die Demokratie im ganzen Land!

Die Ampel-Koalition hat vereinbart, härter gegen die Behinderung von Betriebsräten und Betriebsratswahlen vorzugehen. Das ist gut so. Denn wir brauchen mehr Betriebsräte, mehr Mitbestimmung, mehr Tarifverträge, um die sozial-ökologische Transformation mit zu gestalten.

Unsere Unterstützung gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die sich in aktuellen Tarifverhandlungen befinden. Die DGB-Gewerkschaften verhandeln in diesem Jahr Vergütungstarifverträge für knapp zehn Millionen Beschäftigte!

Für die kommenden Tarifrunden viel Erfolg!

GemMAInsam Zukunft gestalten – demokratisch, solidarisch und gerecht.

Das ist der Kompass für unsere politische Arbeit!

Vielen Dank und Glück auf!